

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit einem Ort des Erinnerns und der Begegnung dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht werden und zur Vertiefung der besonderen bilateralen Beziehungen beitragen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Polen ist und bleibt für Deutschland neben Frankreich der zentrale europäische Partner. Deutschland und Polen pflegen heute besondere freundschaftliche Beziehungen. Auf der politischen Ebene drückt sich das durch enge Kooperation, regelmäßige Regierungskonsultationen und vitale Zusammenarbeit von der lokalen bis zur nationalen Ebene aus. Genannt sei die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit sowie die Ständige Deutsch-Polnische Grenzkommission. Gemeinsam haben Deutschland und Polen Institutionen wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk oder die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit sowie zahl- und erfolgreiche gemeinsame Projekte ins Leben gerufen. Wirtschaftlich und kulturell sind beide Länder eng verbunden. Deutschland ist Polens größter Handelspartner, es gibt hunderte Städtepartnerschaften, einen umfangreichen Austausch zwischen Regionen, Schul- und Hochschulkooperationen sowie eine enge Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft. Nirgendwo ist Deutsch als Fremdsprache so populär wie in Polen. Zwischen den Gesellschaften sind die Beziehungen sehr eng verwoben. So blicken Deutsche und Polen heute in eine gemeinsame und friedliche Zukunft und bauen weiter gemeinsam am Europa der Zukunft. Als einflussreiche Mitgliedstaaten der EU haben Polen und Deutschland gemeinsame Verantwortung für die Weiterentwicklung der europäischen Werte-, Rechts- und Interessengemeinschaft und darüber hinaus im gemeinsamen Engagement zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen und außen. Auch das Weimarer Dreieck bietet gemeinsam mit Frankreich den Rahmen für weiterführende Initiativen.

Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, da die deutsch-polnische Geschichte viel zu oft von Feindschaft, Unterdrückung und Krieg geprägt war. Die schmerzhafteste Zeit der Nichtexistenz eines eigenständigen polnischen Staates nach den Teilungen von 1772, 1793 und 1795 bis 1918 oder die aggressiven Versuche der Prussifizierung bzw. Germanisierung, die in den vergangenen Jahrhunderten stattfanden, sind im kollektiven Gedächtnis Polens noch fest verankert.

Am 23. August 1939 besiegelten das Deutsche Reich und die Sowjetunion, zwei totalitäre Diktaturen, im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt das Ende der Republik Polen und die Aufteilung des östlichen Europas in „Interessensphären“. Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begannen am 1. September 1939 der Zweite

Weltkrieg und damit die Umsetzung grausamster, rassenideologischer Vernichtungspolitik. Schon seit den frühen Morgenstunden des ersten Kriegstags, mit dem Luftangriff auf die wehrlose Kleinstadt Wieluń, verübten Deutsche Kriegsverbrechen. Bereits ab Herbst 1939 wurden Angehörige der polnischen Bildungsschicht, Juden und Nichtjuden zu Zehntausenden in Konzentrationslager verbracht oder erschossen, um Polen als Nation auszulöschen. Hunderttausende Menschen wurden aus den durch das Deutsche Reich annektierten Gebieten vertrieben. Neben Kriegsgefangenen wurden schon bald Hunderttausende Polinnen und Polen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. Menschen, Land und Wirtschaft wurden während der deutschen Besetzung exzessiv ausgebeutet.

Das multiethnische Polen war ab dem 1. September 1939 das Gebiet, auf dem die Nationalsozialisten alle Komponenten ihres rassenideologischen Vernichtungskrieges, ihrer grausamen Besatzungspolitik, ihrer rassistischen Lebensraumideologie, ihren eminenten Antisemitismus, Antislawismus und Antipolonismus erstmals in vollem Umfang umsetzten. Das Gebiet Vorkriegspolens wurde von den Nationalsozialisten missbraucht, um abseits dicht besiedelter Gegenden in eigens errichteten Vernichtungslagern den fabrikmäßigen Massenmord an den europäischen Juden durchzuführen. Rund drei Millionen der ermordeten Jüdinnen und Juden waren Bürgerinnen und Bürger des polnischen Staates. Millionen Polinnen und Polen leisteten Widerstand. Hunderttausende von ihnen kämpften auch in allen alliierten Armeen für den Sieg über Hitler. Viele bezahlten diese Opferbereitschaft mit ihrem Leben. Die deutsche Herrschaft in Polen stand von Anfang an unter der Prämisse der völligen Vernichtung der Staatlichkeit unseres Nachbarlandes. Die Umsetzung dieses Plans ist singulär innerhalb der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Europa. Sinnbildlich für die Gräueltaten der Nationalsozialisten steht der Warschauer Aufstand von 1944, einer der wichtigsten Ereignisse der Zeitgeschichte Polens, bei dem die deutsche Wehrmacht zehntausende Kämpfer und über 100.000 polnische Zivilisten töteten und Warschau Straßenzug für Straßenzug systematisch dem Erdboden gleichmachten. Die Zeit der deutschen Besetzung hat die Geschichte jeder polnischen Familie geprägt und sich tief in das kollektive Bewusstsein Polens eingegraben.

Dass sich trotzdem wenige Jahrzehnte nach dem Kriegsende zwischen Deutschland und Polen eine unvergleichliche Versöhnungsgeschichte entwickelte, grenzt an ein Wunder. Es ist das Ergebnis konsequenten Engagements von Bürgerinnen und Bürgern in beiden Ländern. Die Ostdenkschrift der EKD von 1965 sowie der Brief der polnischen Bischöfe „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ waren wichtige Signale der Versöhnung. Aus der Zivilgesellschaft gab es sodann weitere Impulse und Initiativen zur Versöhnung und Verständigung zwischen Menschen in Polen und beiden deutschen Staaten, die die infolge des Kalten Krieges entstandene deutsch-polnische Mauer des Misstrauens und der Feindschaft schließlich 1989 eingerissen haben. „Für Eure und unsere Freiheit“ – mit dieser solidarischen Botschaft ist die DDR-Bürgerrechtsbewegung in kleinen Schritten auf die im Untergrund aktiven polnischen Dissidenten der Volksrepublik Polen zugegangen. Ihre vielfältigen Kontakte zählen ebenfalls zu wichtigen, bis dato wenig bekannten Wegbereitern der Versöhnung. Polen und polnisch stämmige Bürger in Deutschland, Vertreter der deutschen Minderheit und Deutsche in Polen, ebenso wie Aussiedler und Vertriebene, deren verschiedene Schicksale in Erinnerung bleiben, gehörten und gehören zu wichtigen Brückenbauern zwischen beiden Ländern und Kulturen. Die Zivilgesellschaft brachte den deutsch-polnischen Dialog 1989 schließlich auf die Gesprächsebene der politischen Eliten, die bereit waren, das schlimmste Kapitel ihrer Nachbarschaftsgeschichte zu schließen und gemeinsam die Einheit Europas zu verwirklichen. Die deutsche Einheit und die Integration des geeinten Deutschlands in europäischen Strukturen wären ohne den Mut und den Willen unseres östlichen Nachbarn, welcher die eigene europäische Integration in Übereinstimmung mit der deutschen Einheit sah, nicht möglich gewesen. Es waren die Proteste der polnischen Opposition mit der Gewerkschaft Solidarność an der

Spitze, die dem Eisernen Vorhang erste große Risse zufügten und den Kampf für Freiheit und Demokratie in ganz Osteuropa stärkten. Auch heute ist die grenzüberschreitend dicht vernetzte deutsch-polnische Zivilgesellschaft ein zentraler Impulsgeber, nicht zuletzt im Bereich der weiterhin bedeutsamen Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit sowie zur Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung. Das Bewusstsein über den besonderen Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen mit dem Tiefpunkt der deutschen Besatzung und Kriegsführung in Polen zwischen 1939 und 1945 ist bis heute in Deutschland noch nicht hinreichend ausgeprägt. Es ist die Aufgabe Deutschlands, dafür einen geeigneten, sichtbaren und zugänglichen Ort zu schaffen, der auch ein Platz der Begegnung von Deutschen und Polen sein sollte, der zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt.

Ein solcher Ort wäre nicht nur eine Versöhnungsgeste an Polen. Er wäre ein wichtiger Beitrag zum Prozess einer historischen und kulturellen Selbstvergewisserung und Positionsbestimmung innerhalb der deutschen Gesellschaft, der befreiend wirken kann. Ein historisches Bewusstsein für die gemeinsame Geschichte bildet die Grundlage guter Beziehungen.

Das Erinnern und Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen von 1939 bis 1945 und die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges bleibt Teil einer europäischen Erinnerungs- und Versöhnungskultur. Es steht keinem weitergehenden Erinnern oder Gedenken entgegen, benötigt aber vor dem Hintergrund des besonderen Charakters der deutsch-polnischen Geschichte und der deutsch-polnischen Freundschaft in Europa einen gesonderten Ort, der getrennt von anderen Gedenkstätten liegt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
- an prominenter Stelle in Berlin einen Ort zu schaffen, der im Kontext des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses den polnischen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besatzung Polens gewidmet ist und ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Er soll Deutsche und Polen zusammenbringen und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen, zur Verständigung und Freundschaft sowie zum Abbau von Vorurteilen beitragen;
 - ein geeignetes Konzept in Zusammenarbeit mit polnischen und deutschen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, darunter dem Deutschen Polen-Institut Darmstadt e. V., zu erarbeiten und an dem zu schaffenden Ort Raum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Jugendarbeit, politische Bildung, Begegnung etc. einzuplanen. Die Realisierung des Erinnerungsortes erfolgt außerhalb der Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

Berlin, den 27. Oktober 2020

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Christian Lindner und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

